

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 19 (1993)
Heft: 10

Artikel: Am attraktivsten: Pärchen in den Ständerat
Autor: Hardmeier, Sibylle
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-361524>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

AM ATTRAKTIVSTEN: PÄRCHEN IN DEN STÄNDERAT

In den Nationalratswahlen von 1991 konnte die Frauenvertretung gegenüber 1987 immerhin um 3 Prozent erhöht werden. Aber: Rechnen wir diese Zunahme für die Zukunft hoch, so dauert es immer noch elf Legislaturen oder bis ins Jahr 2034, bis jeder zweite Sitz im Parlament von einer Frau besetzt sein wird. Diesen Prozess beschleunigen will die im Herbst lancierte Initiative "Für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden (Initiative 3. März)", kurz Quoteninitiative genannt. Wie steht es aber mit der Akzeptanz von Quoten in der Schweizer Bevölkerung? Die Politologin Sibylle Hardmeier stellt die Ergebnisse einer neuen UNIVOX-Befragung¹ vor und leitet daraus Chancen und Strategien im Hinblick auf die Initiative ab.

VON SIBYLLE HARDMEIER

Offenkundige Benachteiligungen der Frauen in der Politik sind spätestens seit der letzten Bundesratswahl wieder ein Thema der öffentlichen Auseinandersetzung. Denn besonders wenn es um Wahlen in politische Behörden geht, werden solche Benachteiligungen manifest. Für Frauen ist es nach wie vor schwierig, das Selektionsprozedere der politischen Parteien und Verbände erfolgreich bis zu einer Nomination zu durchlaufen. Und die Chance, gewählt zu werden, ist für Frauen immer noch wesentlich kleiner als für Männer. Anschauungsmate-

rial dazu lieferten die Nationalratswahlen von 1991: 33 Prozent weiblichen Kandidaturen standen 77 Prozent Männer gegenüber. Während von den Frauen 4,2 Prozent gewählt wurden, waren es bei den Männern mehr als doppelt so viel (9,3 Prozent).² So betrug schliesslich der Frauenanteil in der Volkskammer 17,5 Prozent.

Eine Quotierung für die politischen Behörden umgeht das Selektions- und Wahlproblem der Frauen. Sie stellt sicher, dass der Prozess der Erhöhung der Frauenmandate fort dauert – und vor allem beschleunigt wird. Die dahinter stehende Idee ist bekannt: Die Quantität, das kritische Mass der Zahl, ist nicht das Endziel, sondern ein erster Schritt in Richtung Qualität. Ziel ist das Durchbrechen der strukturellen Diskriminierung von Frauen in Politik, Gesellschaft und Ökonomie. Vor gut anderthalb Jahren konnten anlässlich einer Befragung 30 Prozent der schweizerischen Stimmberechtigten einer Nationalratsquote zustimmen, die für das schlechter vertretene Geschlecht einen garantierten Anteil von 40 Prozent fest schreibt. 29 Prozent waren für eine Ständeratsquote und noch 25 Prozent unterstützten den Vorschlag, im Bundesrat dem schlechter vertretenen Geschlecht drei der sieben Sitze zu garantieren.³ Knapp zwei Jahre später, im Sommer 1993, finden dieselben Quotenvorschläge eine deutlich höhere Unterstützung. Am attraktivsten finden die Befragten jetzt die Forderung "Pärchen in den Ständerat". 42 Prozent unterstützen diese Massnahme. Die Nationalratsquote findet bei 40 Prozent Anklang, eine Quote für den Bundesrat befürworten 37 Prozent.

Trotz deutlicher Zunahme der Unterstützung – die Mehrheitsverhältnisse sind nicht sicher. Besonders bei der Ständerats- und Nationalratsquote halten sich befürwortende und gegnerische Stimmen beinahe die Waage. 44 Prozent sind gegen eine Nationalratsquote; bei der Ständeratsquote sind Befürworter- und Gegnerschaft mit 42 bzw. 43 Prozent gleich stark. Gerade bei knap-

pen Mehrheitsverhältnissen können die Unentschiedenen und jene, die keine Angaben machen, als potentielle MehrheitsbeschafferInnen entscheidend sein. Das sind hier jeweils rund 15 Prozent. In dieser Gruppe besonders stark vertreten sind die Parteiungebundenen, BewohnerInnen der Westschweiz sowie die politisch wenig Interessierten.

Wer ist nun Quoten gegenüber offen eingestellt? Wer ist besonders kritisch? Frauen, die SympathisantInnen der SPS, Stimmberechtigte aus der Romandie und Junge sind allen drei Vorschlägen gegenüber deutlich positiver eingestellt. Die Ständeratsquote findet auch bei ihnen die stärkste Unterstützung; bei den Befragten mit Sympathie zur SPS sowie den weiblichen Stimmberechtigten bestehen sogar knappe, absolute Mehrheiten von 54 bzw. 52 Prozent. Neben diesen Merkmalen spielt aber auch der Grad der politischen Integration der Befragten eine Rolle: Wer sich sehr für Politik interessiert, seine eigene politische Wirksamkeit hoch einschätzt und regelmässig an Wahlen und Abstimmungen teilnimmt, ist Quoten gegenüber deutlich kritischer eingestellt als wer politisch desinteressiert ist, selten an Abstimmungen teilnimmt und die eigene politische Wirksamkeit eher gering einschätzt.

QUOTENINITIATIVE: CHANCEN UND STRATEGIEN

Diese Zahlen stellen eine Momentaufnahme für den Sommer 1993 und keine Prognose dar. Das Fazit im Hinblick auf die Initiative "3. März" fällt unterschiedlich aus, je nachdem, welche



Ob auf kommunaler Ebene (unser Bild), auf kantonaler oder auf Bundesebene: Die politischen Gruppenbilder mit Dame sind uns vertraut. Zumindest auf Bundesebene sollen sie nun mittels Quoten retuschiert werden. (Bild: zvg)

Funktion dieser Initiative zugeschrieben wird. Zu unterscheiden gilt es dabei vor allem zwischen Thematisierung, Profilierung und Verwirklichung.

Thematisierung: Der Konsens – Frauen sind in der Politik häufig benachteiligt. Viele Initiativen haben zum primären Ziel, die selektive Berücksichtigung von Interessen in der schweizerischen Konkordanz zu durchbrechen. Das heisst, ausserparlamentarische Begehren haben die Funktion, nicht berücksichtigte Fragestellungen zum Thema zu machen oder dafür zu sensibilisieren. Im konkreten Fall kann jedoch davon ausgegangen werden, dass diese generelle Themensetzung mit der jüngsten Bundesrätinnenwahl bereits in weiten Teilen stattgefunden hat. Auf alle Fälle teilen im Juli 1993 73 Prozent der Stimmberechtigten die Ansicht: "Trotz gleicher Rechte sind die Frauen in der Politik noch häufig benachteiligt." Unter der Oberfläche dieser breiten Zustimmung bestehen jedoch zum Teil starke Unterschiede im Grad der Sensibilisierung. Diese sind vor allem unter den SympathisantInnen der verschiedenen Parteien augenfällig: Während unter der AnhängerInnenschaft der SPS 89 Prozent die Einschätzung teilen, Frauen würden benachteiligt, sind es bei der SVP noch 56 Prozent. Die Bereitschaft, Diskriminierung anzuerkennen, ist also bei jener Regierungspartei am geringsten, bei der das Defizit in Sachen Frauenvertretung besonders gross ist.

Die Chance der Initiative besteht darin, über den Konsens der Benachteiligung hinaus in der Themensetzung einen

eine zwischen 1991 und 1993 beinahe konstante bzw. nur leicht ansteigende Unterstützungsbereitschaft in der Romandie bzw. bei der SPS-Anhängerschaft. Ist diese Konstanz eher zufällig oder deutet sie auf eine Schwelle der Unterstützungsbereitschaft hin, die nur schwer zu überschreiten ist?

Verwirklichung: Das kritische Mass der Zahl – die Mehrheit bei Volk und Ständen. Keiner der befragten Quotenvorschläge ist im Sommer 1993 bei den Befragten mehrheitsfähig, zudem sind die erhobenen Mehrheitsverhältnisse als unstabil zu qualifizieren. Im Hinblick auf eine allfällige Volksabstimmung fallen deshalb Mobilisierungs- und Kampagneneffekte besonders ins Gewicht: Auf der einen Seite gehört die Gruppe, die zum Zeitpunkt der Befragung Quoten gegenüber relativ offen eingestellt ist, zu den politisch weniger Integrierten. Wenn diese Personen nicht speziell mobilisiert werden, bleiben sie in der Regel zu Hause. Gleichzeitig zeichnet sich diese Gruppe durch tendenziell weniger stabile Einstellungen aus und ist damit anfälliger für Kampagneneffekte. Allfällige Diskussionen im Abstimmungskampf unter ExpertInnen und JuristInnen über Sinn und Unsinn von Quoten können hier nochmals Unsicherheiten auslösen. Wenn aber diese Gruppen eher unpolitischer Stimmberechtigten erfolgreich überzeugt und mobilisiert werden, erhöhen sich die Chancen einer Volksinitiative.

Auf der anderen Seite ist bei einer allfälligen Abstimmung die kritischere Haltung der politisch stärker Integrierten und einiger gesellschaftlicher Gruppen – der älteren Stimmberechtigten, der Männer, der DeutschschweizerInnen – von Bedeutung. Genau diese Gruppen sind unter den UrnengängerInnen häufig überrepräsentiert. Hier ist deshalb weniger die Mobilisierungs- als vielmehr die Überzeugungsarbeit der Initiantinnen gefragt. Offenbar sind nämlich auch politisch Integrierte und aktive Stimmberechtigte häufig der Ansicht, Frauen würden auch ohne Quoten zur Gleichstellung gelangen. Die Idee von Quoten steht hier in Konkurrenz zur stark verankerten liberalen Tradition, die staatlichen Reglementierungen gegenüber kritisch eingestellt ist und auf die Fähigkeiten der einzelnen setzt.

Auf dem Weg von der Thematisierung zur Verwirklichung eines Anliegens geht es immer auch darum, dass Einstellungen in tatsächliches Verhalten umge-

Schritt weiterzugehen und die Debatte über konkrete Ausgestaltungen einer Quote zu lancieren. Der weitgehend ausformulierte Verfassungstext, den die Initiative vorlegt, bietet die Grundlage dazu. Künftige Befragungen werden zeigen, welche Auswirkungen das hat. Bleibt die Forderung "Pärchen in den Ständerat" am attraktivsten? Oder gewinnt die Quote für den Bundesrat an Unterstützung, weil sie am wenigsten das Stimmrecht der Befragten tangiert?

Profilierung: Der Frühling der Frauen – eine wachsende Opposition formiert sich. Volksinitiativen haben sehr häufig die Funktion, die Initiativgruppe selbst zu profilieren und aktivieren. Das ist nicht Selbstzweck, sondern dient der längerfristigen Interessenwahrnehmung. Da seit 1891 nur elf Volksinitiativen in einer Abstimmung erfolgreich waren, entfalten die allermeisten vor allem indirekte Nebenwirkungen. Solche direkten oder indirekten Gegenvorschläge und Konzessionen sind umso wahrscheinlicher, je profilierter die TrägerInnengruppe auftritt und damit der Druck auf die Legislative steigt. Das Komitee "Frauen in den Bundesrat" hat sicher eine erste Hürde genommen: Bereits bestehen zahlreiche Regionalgruppen, die eine breite Organisationsbasis sicherstellen. Die zweite entscheidende Hürde werden die 100'000 Unterschriften sein. Diesbezügliche Prognosen sind schwierig, auch wenn die Situation für die Initiantinnen zur Zeit vielversprechend scheint. Umso mehr wäre aber das Nicht-Zustandekommen als empfindliche politische Niederlage zu werten.

Profilierung geschieht auch über interne Mobilisierung. Die erhobenen Daten deuten an, dass die Reihen noch in zweierlei Hinsicht geschlossen werden können: Zum einen ist die Basis im bürgerlichen Lager im Vergleich gering; die Unterstützung hat hier die 40-Prozent-Marke noch nicht erreicht. Zum anderen sind auch die Reihen in der "typischen" Befürworterschaft noch lange nicht geschlossen. Auffallend ist dabei

DAS WILL DIE INITIATIVE "3. MÄRZ"

● Mindestens drei Bundesrätinnen (Art. 95): Die Initiative verlangt mindestens drei Frauen im Bundesrat. Bis diese Bedingung erfüllt ist, muss bei jedem Rücktritt eines Mitglieds des Bundesrats eine Frau gewählt werden.

● Je eine Ständerätin und ein Ständerat pro Kanton (Art. 80): Die Initiative verlangt, dass jeder Kanton durch eine Frau und einen Mann im Ständerat vertreten ist. Die Halbkantone schicken entweder eine Frau oder einen Mann in die kleine Kammer.

● Gleichviele Nationalrätinnen wie Nationalräte (Art. 73): Die Initiative verlangt, dass grundsätzlich jeder Kanton mit gleichvielen Frauen wie Männern im Nationalrat vertreten ist. Die Differenz zwischen der männlichen und weiblichen Vertretung eines Kantons darf nicht grösser als eins sein.

● Mindestens 40 Prozent Bundesrichterinnen (Art. 107): Die Initiative verlangt, dass der Anteil der weiblichen Mitglieder und Ersatzmitglieder des Bundesgerichts mindestens 40 Prozent beträgt. Bis diese Bedingung erfüllt ist, muss bei jedem Rücktritt eine Frau gewählt werden.

setzt werden. Welche Einstellungen zu den Frauen in der Politik prägen im Sommer 1993 die Haltung gegenüber Quoten? "Frauen sind in der Politik noch häufig benachteiligt." 48 Prozent von den Befragten, die dieser Beurteilung zustimmen, sagen auch Ja zur Nationalratsquote, 37 Prozent sind dagegen und 15 Prozent sind noch unentschieden. Wer die Benachteiligung der Frauen in der Politik feststellt, muss also noch keineswegs zwingend für Quoten sein. Rund einem Drittel gefällt offenbar die Idee der Quoten nicht, oder sie stören sich gar nicht an der faktischen Benachteiligung.

ES BRAUCHT MEHR FRAUEN

"Frauen stehen von der Natur aus dem politischen Geschehen ferner als Männer." Im Sommer 1993 stimmen dem 40 Prozent der Stimmberechtigten zu. Aber: Erstens scheint diese an der Wende zum 19. Jahrhundert von der bürgerlichen Gesellschaft erfundene dualistische Konzeption der Geschlechtscharaktere langsam im Aussterben begriffen. Während von den über 55jährigen Stimmberechtigten rund 60 Prozent dieser Argumentation zustimmen, sind es bei den 18- bis 24jährigen noch 24 Prozent. Und zweitens prägt diese Sichtweise die Haltung gegenüber Quoten kaum. Das zeigt sich vor allem in der Romandie: Hier teilen überdurchschnittlich viele Befragten – 55 Prozent – die Ansicht, Frauen stünden von Natur aus dem politischen Geschehen ferner als Männer. Ebenfalls überdurchschnittlich viele (rund 47 Prozent) sagen aber auch Ja zu den Quotenvorschlägen. Offenbar kann man/frau durchaus der Meinung sein, dass viele Frauen gar kein Bedürfnis nach Politik haben – jenen Frauen aber, die sich in der Politik betätigen, soll trotzdem mit gezielten Förderungsmassnahmen geholfen werden. Vermutlich finden daher in dieser Gruppe auch Überzeugungsstrategien Anklang, die auf dem dualistischen Geschlechterkonzept aufbauen. Demnach sollte die Stimme der Frau gerade deshalb in den politischen Behörden genügend vertreten sein, weil sie "anders" ist.

Wirkungsvolle Überzeugungsarbeit setzt am besten bei Einstellungen an, die das Geschlecht zum Entscheidungskriterium erheben. Hier jedenfalls kann der stärkste Zusammenhang zur bekundeten Unterstützung von Quoten festge-

stellt werden: Die Meinung, es würde uns besser gehen, wenn mehr Frauen in den politischen Gremien wären, und die bewusst geschlechtsspezifische Beurteilung der ParlamentarierInnen bei der Frage des Vertrauens prägen die Haltung zu Quotierungen deutlich. Im ersten Fall stimmen 61 Prozent der Nationalrats-, 59 Prozent der Ständerats- und 53 Prozent der Bundesratsquote zu. 74 Prozent der Personen, die angaben, sie hätten mehr Vertrauen in eine Frau als Parlamentsabgeordnete, unterstützen die Nationalrats-, 75 die Ständerats- und 68 Prozent die Bundesratsquote.

Die Quoteninitiative hat somit in einer Volksabstimmung vor allem dann eine reelle Chance, wenn zweierlei gelingt: Die Stimmberechtigten davon zu überzeugen, dass die Politik mit mehr Frauen besser wird oder dass eine Demokratie ihren Namen nur verdient, wenn Frauen an der politischen Macht gleich stark beteiligt sind wie Männer. Und wenn zweitens die eher unpolitischen und parteiungebundenen Gruppen unter den Stimmberechtigten angesprochen und mobilisiert werden können.

ANMERKUNGEN

- 1) UNIVOX ist eine seit 1986 existierende Datenbank, die in der Forschungsgemeinschaft zwischen dem Gfs-Forschungsinstitut und schweizerischen Hochschulen realisiert wird. Über 20 Themen werden einmal jährlich bei rund 700 Schweizerinnen und Schweizern in einer repräsentativen Befragung mittels persönlicher Interviews behandelt. Das Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universität Bern betreut das Thema "direkte Demokratie".
- 2) Bei den Grossratswahlen im Kanton Aargau – kurz nach der Nicht-Wahl von Christiane Brunner – konnte dieses Verhältnis erstmals umgekehrt werden: Von den kandidierenden Frauen waren 23 Prozent erfolgreich, bei den Männern 19,4 Prozent.
- 3) Vgl. Longchamp, Claude/Hardmeier, Sibylle: VOX-Analyse der Nationalratswahlen 1991, Zürich/Bern 1992.
- 4) Hardmeier, Sibylle: Frauen und Männer in der Direkten Demokratie, Mobilisierungs- und Wahlproblem, UNIVOX-Jahresbericht "Direkte Demokratie" 1993, Bern/Zürich 1993.



SIBYLLE HARDMEIER

29 Jahre alt, arbeitet als Assistentin am Forschungszentrum für schweizerische Politik der Universität Bern. Sie betreut dort die VOX- und UNIVOX-Analysen und arbeitet an einer Dissertation zur Partizipationsforschung.